

### Sozialdemokraten und Kommunisten.

**Weg bewußte Abzüge Hellisch an die Kommunisten.**  
In der ersten Bundtagsitzung nach der Bildung der großen Koalition hat sich schon allgemein auf, daß eine Anzahl der linksstehenden Sozialdemokraten, mit Ausnahme der Radikalen um Arzt und Wedel, mit der gemäßigteren Fraktionmehrheit für die von der Koalitionsmehrheit beauftragten Gesetzentwürfe stimmte. Es mußte also in vielen Köpfen bereits eine Wandlung vor sich gegangen sein. Rummelrößl bestätigt das der frühere Ministerpräsident Hellisch in einem Artikel „Wir und die Kommunisten“ in der Dresdner Volkszeitung. Er führt u. a. aus:

„Es ist seit Jahrhunderten das Verhängnis der Arbeiterklasse, daß sie zu kämpfen und gelegentlich auch zu Siegen vermag, daß ihr aber noch immer die Fähigkeit fehlt, um den Sieg festzuhalten. Dazu gehören richtiges Augenmaß für das, was von dem im Kampfe Erreichten dauernd oder auf längere Zeit zu halten ist, ferner Besonnenheit im Verlangen, Ruhe und Stetigkeit im Handeln, und vor allem bewußtes Vermeiden der Dinge, die geeignet sind, die Zahl der Gegner des neuen Zustandes unnötig zu vermehren.“

Diese Eigenschaften haben dem deutschen Proletariat nach der Revolution leider gefehlt. Und wenn die Kommunisten nun schon selbst nicht merken, daß sie, obwohl vielleicht im bestimmten geschichtlichen Moment vorübergehend notwendig, als die Radikalen vom Schauplatz des sozialen Kampfes unter Preisgabe ihrer nicht realisierbaren Forderungen verschwinden werden und müssen, so muß aber die Sozialdemokratie das klar erkennen. Wir dürfen in den Kommunisten keinen dauernden Faktor sozialen Geschehens erblicken. Jedes taktische Zusammengehen mit den Kommunisten muß von den Sozialdemokraten zeitlich begrenzt sein nach Maßgabe der Ereignisse und vor allem des eigenen Verhaltens der kommunistischen Partei.

Für die sächsische Sozialdemokratie steht jetzt die Sache so, daß sich die Kommunisten blindig von ihr losgesagt haben, und zwar durch Wort und Handlung. Damit ist die Möglichkeit der parlamentarischen Arbeitgemeinschaft mit den Kommunisten beseitigt und damit muß sich selbstverständlich die bisherige taktische Einstellung der Sozialdemokratie zu ihnen völlig verändern. Die Kommunisten sind nun als Faktor organisierter und bereitwilliger Mitarbeit nicht mehr in Rechnung zu stellen. Und will die Sozialdemokratie allein mit ihren 40 Landtagsmandaten sich nicht als eine hilflose, zur Untätigkeit verurteilte Minderheit im Parlament betätigen, so muß sie fortan, nicht weil sie will, sondern weil sie durch die veränderte Stellung der Kommunisten dazu gedrängt wird, eine andere Anlehnung suchen, um überhaupt im Parlament sozial fördernd oder wenigstens erhaltend wirken zu können. Gerade die Kommunisten sind auf Grund ihres Verhaltens in letzter Zeit die Lehten, die berufen sind, uns die Rolle der politischen Rippfiguren zu spielen. Das Gebot der Eigenwürde und Selbstachtung zwingt uns zu einer solchen veränderten Stellungnahme gegenüber den Kommunisten um so mehr, als sie im jetzigen Gemeinderatswahlkampf mit allen Systemen der Rohheit, Dummheit und Brutalität gegen die Sozialdemokratie gearbeitet haben. Wir müssen als Sozialdemokraten den

Mut aufbringen zu dem Bekenntnis, daß wir uns in dem Grad kommunistischer Reize getäuscht haben und daß es gemeinsam mit ihnen nicht geht.

Hellisch fährt dann fort: Es war mir nicht leicht geworden, mich zu diesem Bekenntnis durchzurufen, aber die Wucht der Tatsachen zwang dazu. Vernun wie das einsehen und gehen wir daraus die notwendigen Folgerungen. Bringen wir daher keinen Bruderkonflikt in die Reihen unserer eigenen Partei um der Kommunisten willen. Ruhe und Nachdenken betrachtet, liegt kein berechtigter Grund vor, wegen der letzten Ereignisse in Fraktion und Parlament unsere eigene Partei durch Bruderkampf zu zerfleischen. Die Kommunisten bei ihrer jetzigen Einstellung sind einen solchen Konflikt nicht wert. Die deutschen Kommunisten eignen sich vielleicht „zum Zertrümmern des Alten, aber nicht zum Aufbau von etwas Neuem.“

Bewiß, es mag Hellisch schwer geworden sein. Trotzdem oder vielmehr gerade deswegen verstärkt sich der Eindruck, daß innerhalb der Sozialdemokratie eine ganze Anzahl Kräfte vorhanden sind, die das bereits Gezeichnete der Moskowiter eben doch nicht einzufangen vermag und die sich zu positiver Arbeit, als wie sie dort geleistet wird und geleistet werden kann, aufgelegt fühlen. Im Interesse des ganzen Landes wäre nur zu wünschen, daß Hellisch nicht umsonst gesprochen haben möchte.

### Kleine politische Meldungen.

**Ein Postfinanzgesetz in Vorbereitung.** Im Reichspostministerium befindet sich augenblicklich ein Postfinanzgesetz in Vorbereitung, das dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden soll. Das Gesetz, das am 1. April in Kraft treten soll, bezweckt die Schaffung einer finanziellen und geschäftlichen Selbständigkeit der Reichspostverwaltung, d. h. ihre Loslösung vom allgemeinen Reichshaushalt. In Verbindung mit dieser neuen geschäftlichen Regelung stehen die Verhandlungen, die der Reichspostminister in diesen Tagen mit der bayerischen und württembergischen Regierung geführt hat. Während die bayerische Regierung den Wunsch hat, wieder in den Besitz der bayerischen Eisenbahn zu kommen, hat es bezüglich der Post nicht so weitgehende Wünsche. Wohl aber wünscht die bayerische Regierung an dem Besitz der Post mit beteiligt zu werden. Auch Württemberg, das früher ebenso wie Bayern seine eigene Postverwaltung hatte, hat den gleichen Wunsch. Über diese Frage ist eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der Reichspostverwaltung und den genannten Regierungen erzielt worden, die etwa in der Richtung geht, daß abgesehen von den Beamten- und Tariffragen, deren Regelung nach wie vor dem Reichspostministerium vorbehalten bleiben wird, der Betrieb der Reichspostverwaltung von dem Reiche, Bayern und Württemberg gemeinsam erhalten werden soll, wobei den genannten Ländern Eigentumsrechte an der Post angetanben werden sollen.

**Zur Frage der Hypothekenaufwertung.** Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat auf Anregung des Abgeordneten Dr. Düringer, des Führers in der Frage der

Aufwertung der Hypothekensforderungen, in ihrer letzten Sitzung sich mit der Frage eines Verbots der Hypothekenaufwertung befaßt. Die Fraktion ist einstimmig zu der Entscheidung gelangt, daß jede gesetzliche Regelung der Aufwertung von Hypothekensforderungen nur in Übereinstimmung mit den Grundgesetzen erfolgen darf, die in der Entscheidung des deutschen Reichsgerichts vom 28. November 1923 festgelegt sind. Ein Verbot der Hypothekenaufwertung würde dem Verbot der Veräußerung und Verpfändung von Grundbesitz, und Billigkeitsempfinden weiter Volkstreue widersprechen, mit dem verfassungsmäßig gewährleisteten Schutz des Eigentums unvereinbar sein und den Realcredit aufs Schwerste gefährden.

**Reichberg von Marx nicht empfangen.** Der Reichstagskanzler hat einen Besuch des Großindustriellen K. Reichberg abgelehnt und ihm anheimgestellt, sich wegen der Reparationsfragen mit den zuständigen Stellen des auswärtigen Amtes in Verbindung zu setzen, da eine Unterredung mit ihm hierüber erfolglos sein würde.

**Die Denkschrift der bayerischen Regierung.** Das Reichskabinett berät die Denkschrift der bayerischen Staatsregierung zur Revision der Weimarer Verfassung. Das Kabinett war einstimmig der Überzeugung, daß ohne eine vorhergehende gründliche Prüfung der aufgeworfenen Fragen eine Beschlußfassung nicht möglich ist.

**Vor dem Ende des bayerischen Generalstaatskommissariats.** Die Aussprache der letzten Tage im Verfassungsausschuß hat die Stellung von Reichs so erschüttert, daß mit dem Ende des Generalstaatskommissariats in allernächster Zeit gerechnet werden muß.

**Die Devisengeschäfte des Thüringer Staatsbankpräsidenten Loeb.** Wegen den Präsidenten der Thüringer Staatsbank Loeb wurden kürzlich in der Presse Vorwürfe wegen unerlaubter Devisengeschäfte erhoben. Wie nun die „Weimarer Zeitung“ erzählt, handelt es sich bei den Verfehlungen des Staatsbankpräsidenten Loeb um folgenden Sachverhalt: Loeb hat, obgleich es für ihn verboten war, Devisengeschäfte zu machen, solche gemacht und sich dadurch schwere Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen zuschulden kommen lassen. Darüber zur Rede gestellt, hat er die Devisengeschäfte zwar nicht bestritten, hat aber wahrheitswidrig die Behauptung aufgestellt, die Devisenhandelsverordnungen zu besitzen, obgleich ihm die grundlegende Reichsverordnung vom 11. 9. 23 bekannt sein mußte. Inwiefern die daraufhin erfolgte, anscheinend von Loeb selbst erbetene nachträgliche Zulassung der Thüringer Staatsbank als Devisenbank durch das Thüringer Wirtschaftsministerium zu Recht besteht, wird noch der Nachprüfung durch den Devisenkommissioner und den Staatsanwalt bedürfen, ebenso warum anscheinend der Wirtschaftsminister von sich aus in eine Nachprüfung der Verfehlungen Loeb's nicht eingetreten ist.

**Ziele der belgischen Politik.** Der belgische Minister des Aeußeren führte im Senat über die Tendenzen der belgischen Politik aus, daß die Hauptfragen die Reparationen und die Sicherheit seien. Wenn Einmarsch ins Ruhrgebiet habe Belgien keine imperialistischen Ziele — ebensowenig wie Frankreich — verfolgt. Es habe sich lediglich darum gehandelt, Deutschland zum Handeln zu zwingen, und das sei nur ein Werk der Gerechtigkeit. Die Entente mit Frankreich müsse auf jeden Fall aufrecht erhalten werden. Nach Möglichkeit müsse man versuchen, mit England ein Defensivbündnis zu schließen.

**Poincaré's Beamtenabbau.** Wie „Echo des Paris“ meldet, hat unmittelbar nach dem neuesten Kammerbesitz Poincaré's der Ministerrat beschlossen, den Beamtenapparat zwischen Frankreich und dem Ausland der Kontrolle zu unterwerfen, 10 Prozent der Beamtenzahl innerhalb drei Monaten abzubauen und den notleidenden Rentnern Staatszuschüsse zu bewilligen. Die „Humanité“ meldet, daß in der Pariser Industrie am 18. Januar über 8000 Arbeiterkündigungen ausgesprochen wurden.

**Vorab fordert Zahlung der Schulden Frankreichs an Amerika.** Im amerikanischen Senat erklärte Vorab, die fremden Regierungen müßten zur Zahlung ihrer Schulden an die Vereinigten Staaten energisch aufgefordert werden, damit das Washingtoner Kabinett die Steuern herabsetzen könne. Er sagte: „Frankreich, das an die Vereinigten Staaten nicht einmal die Zinsen seiner Schuld entrichtet hat, unternahm keine Anstrengung, um das Kapital derselben zu konsolidieren. Wenn es sich um eine Zinsenfrage zwischen Privatpersonen handelte, so würden die Gläubiger des Rechts haben, eine solche Haltung als eine Nichtanerkennung der Schuld anzulegen.“

### Don Stadt und Land.

Aus, 19. Januar.

**Das Hochschulfstudium der Volksschullehrer.** Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgende Mitteilung:

Das Ministerium für Volksbildung hat die Zulassung der Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen zum Studium an den Hochschulen neu geordnet. Es macht diese Zulassung nicht mehr, wie bisher, vom Erwerb des Wahlfähigkeitszeugnisses, sondern nur noch vom Besitz des Reifezeugnisses eines sächsischen Seminars abhängig und verleiht den Seminarabiturienten für das Studium innerhalb der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig und der Allgemeinen, sowie der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule außer den reichsgesetzlich bestimmten alle Berechtigungen der Abiturienten des Realgymnasiums, wenn sie in der Seminarprüfung in Latein und Französisch, die Berechtigung der Oberrealschullehrer, wenn sie in dieser Prüfung in Französisch und Englisch geprüft worden sind. Ergänzungsvorlesungen werden ihnen im gleichen Maße auferlegt, wie den Abiturienten der Realgymnasien oder Oberrealschulen.

Die Bindung der Zulassung von Volksschullehrern zum Hochschulfstudium an das Reifezeugnis ist notwendig. Sachsen ist das einzige deutsche Land, das hierfür noch das Wahlfähigkeitszeugnis fordert, obgleich die sächsische Seminarbildung nach der Dauer des Lehrganges und der Höhe der Bildungsniveaus, namentlich in den Fremdsprachen, in Mathematik und Naturwissenschaften in Deutschland von jeder als vorbildlich angesehen hat. Der Betrieb der Fremdsprachen, sowie der Umstand, daß das sächsische Seminar seinen Höflingen neben einer gründlichen beruflichen und künstlerisch-technischen auch eine Ausbildung in den wissenschaftlichen Fächern vermittelt, die den Bildungszielen des Realgymnasiums bzw. der Oberrealschule nahekommt, läßt es als gerechtfertigt erscheinen, den

Seminarabiturienten die gleichen Berechtigungen wie den Abiturienten der beiden anderen höheren Lehranstalten zu verleihen.

Eine anderweitige Regelung des Hochschulfstudiums der Volksschullehrer ist gerade jetzt wünschenswert im Hinblick auf die Neuordnung der Lehrerbildung, die die Zulassung zum fünftägigen Lehrerstudium gleichfalls in den Besitz des Reifezeugnisses einer zur Hochschulreife führenden Lehranstalt knüpft. Ohne sie würden zahlreiche Seminarabiturienten und bereits im Amte stehende junge Lehrer, die infolge des Abbaues auch innerhalb der Lehrerschaft voraussichtlich im Volksschuldienste zunächst nicht oder nicht weiterbeschäftigt werden können und bis die Zeit ihrer unfreiwilligen Muße zur Erweiterung und Vertiefung ihrer wissenschaftlichen und beruflichen Ausbildung auf dem neuen Wege der Lehrerbildung suchen, von diesem Studium ausgeschlossen sein. Aus dem gleichen Grunde würde es unmöglich sein, in dem Augenblick, in dem Sachsen für die Ausbildung der Volksschullehrer, -Lehrerinnen und Turnlehrer an den höheren Schulen das akademische Studium fordert, die hierfür geeigneten Kandidaten diesem Studium zuzuführen.

Da Ostern 1928 die letzten Seminarabiturienten und bereits Ostern 1929 die ersten akademisch gebildeten Volksschullehrer als Schulamtsanwärter in Frage kommen, erscheint die Neuordnung der Zulassung von Volksschullehrern zum Hochschulfstudium als eine Uebergangsmäßnahme, durch die die Interessen der Abiturienten anderer höherer Lehranstalten nicht berührt werden.

**Die nordische Messe in Kiel** wird vom 26. bis 28. März 1924 zum fünften Male ihre Pforten öffnen, um im Rahmen einer für alle Geschäftszweige offenen Frühjahrsmesse der Vermittler zwischen den Kaufleuten Mitteleuropas und ihren Geschäftsfreunden im Norden und Nordosten zu sein. Die außerordentlich günstige verkehrsgeographische Lage Kiels und die gebieterischen messerischen Einrichtungen brachten den vierjährigen nordischen Messen unbestreitbare Erfolge. Die ursprünglich verfügbare Ausstellungsfläche war bald zu klein, sodas die nordische Messe bereits im Frühjahr 1923 daran denken mußte, sich neue Räume in dem 8400 qm umfassenden Meßhof zu schaffen, der in nächster Zeit zu einem großzügigen Meßhaus umgebaut werden wird. Im Rahmen dieses Projektes entstand in den letzten Wochen das neue Verwaltungsgebäude des Meßhauses Kiel, das alle Dienststellen der nordischen Messe enthält und Gewähr bietet für reichste Abwicklung des zu erwartenden außerordentlich regen Verkehrs zur kommenden Frühjahrsmesse.

**Weitere Senkung der Großhandels- und Rohlenpreise.** Infolge Eingreifens der Polizei beim Großhandel ist es zu einer allgemeinen Senkung der Großhandelspreise um generell 6 Prozent gekommen. Die Bucherpolizei ist vom Reichsminister des Innern angewiesen worden, um Beschleunigung auf die schnelle Wiederfestlegung der Rohlenpreise im Handel hinzuwirken. — Die nächste Kohlenpreiserhöhung ist für Wochenanfang zu erwarten, sie wird voraussichtlich wieder zwischen 6 bis 8 vom Hundert betragen.

**Zum Dresdner „Dinkemann“-Skandal.** Der Abgeordnete Dr. Kasper und die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei haben folgende Anfrage an den Landtag gerichtet: Am 17. Januar ist im Staatlichen Schauspielhaus die Uraufführung der Tragödie „Dinkemann“ von Ernst Toller zum Wohl der Armenigen benützt worden, die jede Rücksicht auf den Ort, die Künstler und das anwesende ernsthafte Publikum vernachlässigen ließen und die für die Geschichte des Dresdner Theaters beschämend und ohne Beispiel sind. Die Ermahnungen waren offensichtlich eingehend vorbereitet. Das Theater war auf den verschiedensten Plätzen reichsamweise von Theaterfreunden, meist jugendlichen Leuten besetzt. Der Lärm setzte bereits mit Beginn des Stückes ein, so daß es sich keinesfalls um die spontane Kundgebung einer aus dem Stück selbst hervorgehenden sachlichen Ablehnung handeln konnte, sondern nur um Rabaukerei oder den Versuch, die Aufführung des Stückes zu hindern und so gleichzeitig zu politisch-demagogischen Zwecken zu mißbrauchen. Ohne zur Tendenz und ohne zu dem künstlerischen Wert des Stückes hier Stellung zu nehmen, muß grundsätzlich dagegen Einspruch erhoben werden, daß das Theater durch das gewalttätige Vorgehen einer Minderheit stundenlang zum Lärmelokal unbrauchbar und wüste Rabaukerei gemacht wird, wie dies am 17. Januar geschehen ist. Wir fragen die Regierung: Was gebietet die Regierung zu tun, um ähnlichen Vorgängen in Zukunft vorzubeugen?

Das Ministerium für Volksbildung hat angeordnet, daß wegen der planmäßigen Störung der Erkaufführung der Tragödie „Dinkemann“ im Staatlichen Schauspielhaus gegen diejenigen Beteiligten, die der Disziplinargewalt öffentlicher Hoch- oder höherer Schulen unterstehen, das Disziplinarverfahren eingeleitet wird. — Die Zwischenfälle haben es dem größten Teil der Besucher des Schauspielhauses unmöglich gemacht, den Vorgängen auf der Bühne zu folgen. Im Einverständnis mit dem Ministerium für Volksbildung wird deshalb am Donnerstag, 24. d. M., eine Aufführung stattfinden, für die Eintrittskarten nur an der Kasse des Schauspielhauses, nach persönlicher Einzeichnung in die dort ausliegenden Listen, ausgeben werden. Der Tag für den Beginn des Vorverkaufes wird noch bekanntgegeben. Die Einzeichnung kann nur auf Grund eines Personalausweises erfolgen. An eine Person werden nicht mehr als zwei Karten ausgeben. Es wird erwartet, daß die Besucher dieses Abends sich während der Vorstellung jeder Kundgebung enthalten, damit eine ungezügelt Aufnahme des künstlerischen Eindrucks ermöglicht wird.

**Ein raffiniertes Schwindel.** In letzter Zeit hat ein Unbekannter unter Anwendung folgenden Kniffes mehrere Aktientenbänder um Ware betrogen: Er kauft — ohne zu bezahlen — 4000 Zigaretten, die er sich in zwei Paketen, eines zu 1000 und das andere zu 3000 verpacken läßt. Er erzählt im Geschäft, das größere Paket sei für das bekannte Hotel B. bestimmt und das kleinere sei für den Gastwirt W. Er verlangt nun die Mitgabe eines Boten, der das Geld für die Zigaretten gleich bekommen könne, wenn er diese abgeliefert hätte. Am Hotel angekommen, übergibt der Betrüger dem Boten das kleinere Paket und beauftragt ihn, dieses zu dem bezichtigten Gastwirt zu tragen; er selbst würde inzwischen im Hotel das größere abgeben. Seine ganzen Angaben sind Schwindel. Nachdem der Bote weggegangen war, machte sich in allen Fällen der Betrüger mit den 3000 Zigaretten aus dem Staube. — Auf gleiche oder ähnliche Weise ist er nicht nur wiederholt in Leipzig, sondern, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, auch in Halle und Chemnitz aufgetreten. Die